

**Abschließendes Statement
der Organisator:innen zum
CSD Burgenlandkreis
am 12.08.2023**



Zu Beginn erst einmal danken wir allen Beteiligten, allen Partner:innen und allen Besucher:innen der diesjährigen Veranstaltung.

Wir starten mit jenen Punkten, die gut gelaufen sind: Wir bekamen bereits vor Ort viel Lob, dass der CSD – bis auf die Sicherheitsaspekte – relativ gut lief.

Wir schätzen, dass wir knapp 800 Teilnehmende begrüßen durften und damit mehr, als wir angemeldet hatten – damit sind wir eine der größten Demonstrationen seit langen, die vor allem eine positive Nachricht ausgestrahlt hat: Jeder ist gleich und dafür kämpfen wir.

Wir konnten vor Ort mehr teilnehmende Stände begrüßen, als wir vorher gedacht hätten: Ursprünglich war die Demo für 150 Personen angemeldet – als wir sahen, was wir für einen Zulauf zu erwarten haben, haben wir die Teilnehmendenzahl nach oben korrigiert.

Unser Marketing lief für das erste Mal ganz gut – bis auf den Fakt, dass auf den Plakaten die Stadt als Veranstaltungsort gefehlt hat. So war zumindest in diesem Jahr in der Kürze der Zeit, im Rahmen der Förderung und mit Blick auf die Größe des Teams aber auch nicht viel mehr drin. Daher sind wir sehr zufrieden.

Für viele aus dem Team war es die erste selbstorganisierte Demonstration – das heißt, viel Arbeit vor Ort, mit der man so vielleicht nicht gerechnet hat, wenig Zeit selbst das Programm zu genießen und immer überall gebraucht werden. Kurz: Sehr viel Arbeit für wenige Hände. Wir hatten zum Aufbau und auch unter freiwilligen Ordner:innen viel Unterstützung. Danke dafür!

Ein gesondertes Dankeschön geht an unseren Schirmherren Götz Ulrich, für die klare Positionierung und Unterstützung, die evangelische Kirche für die Bereitstellung der Stadtkirche für unsere Pride-Flagge, die Malteser Burgenlandkreis für die medizinische Versorgung, die Stadt Weißenfels inkl. Oberbürgermeister und deren involviertes Personal bei Stadtwirtschaft, Kulturamt und die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Weißenfels.

Doch für eine eventuelle Nachfolge, brauchen wir ein größeres Team - mehr Hände können mehr Arbeit meistern und diese vor allem besser verteilen. In unserer Nachberatung hielten wir fest, dass wir fixe Kompetenzteams brauchen, die sich mit ihrem Fachgebiet perfekt auskennen. Beispielsweise ein Standteam, Bühne/Backstage, Ordner:innen, Presse/Polizei, Live-Ticker und Foto, Reinigungsteam, ...

Intern müssen dazu zudem Abläufe optimiert werden: Die Teams müssen davor konkret wissen, was sie wo und wie zu machen haben. Das war dieses Jahr ein guter Testlauf - im Kernteam wissen wir nun, wie das Prozedere abläuft und wo wir besser vorbereiten müssen.

Da dies der erste CSD im Landkreis gewesen ist, waren wir bei der Zulassung der Stände nicht ganz so streng. So hatten zwei Stände gar nicht auf dem Schirm, dass man sich anmelden musste und deswegen verspätet ihre Standanmeldungen gesendet, zwei weitere Organisationen kamen relativ spät dazu. Wir haben das dieses Jahr genehmigt, müssen aber durch den zusätzlichen Aufwand der damit einherging, schauen, wie wir damit bei Folgeveranstaltungen umgehen. Das hat den Aufwand für uns in einzelnen Fällen stark erhöht. Gleichzeitig wollen wir auch niemanden ausschließen.

Gleichzeitig muss dringend die Awareness ausgebaut werden. Ein konkretes Awareness-Konzept gab es auf Grund der Größe des Teams nicht. Hier schauen wir im kommenden Jahr, wie wir Ansprechpartner:in sein können für all jene, die vor Ort bedrängt, bedroht oder angebaggert werden. Davon blieb auch das Team dieses Jahr nicht verschont. Das ist einer der größten eigenen Kritikpunkte, die wir einstecken müssen. Freiwillige Ordner:innen müssen zudem besser eingewiesen werden.

Bei der Finanzierung werden wir bei möglichen Folgeveranstaltungen schauen, inwiefern wir kommunale Unternehmen mit ins Boot holen können, ohne den CSD zu einer kommerziellen Party ohne politischen Inhalt verwässern zu lassen. Dieses Jahr hatten wir glücklicherweise eine Förderung über das Bundesprogramm demokratie leben!

Nun zum Punkt, der wohl alle am meisten interessiert:
Die Sicherheit.

Wir verstehen nicht, wie die Polizei mit nur 37 Einsatzkräften – und 30 sehr spät nachgeforderten – eine Veranstaltung mit 800 Menschen schützen wollte; und zwar vor über 25 Rechtsextremen, von denen einige stadtbekannt sind und auch bei anderen Events aufgefallen sind.

Es gab im Vorfeld viele Anzeichen für Gegenprotest – u.a.:

- > Übermalte Regenbogen-Treppe in Naumburg in den Reichs-farben
- > Postings der rechtsextremen Kleinstpartei III. Weg
- > Stimmungsmache des rechtsextremen André Poggenburg (Ex-AfD)
- > Stimmungsmache in den sozialen Netzwerken

All diese Punkte haben wir den Sicherheitsbehörden frühzeitig mitgeteilt, auch der Presse gegenüber haben wir unsere Bedenken geäußert. Noch am Einsatztag wurde seitens der Einsatzleiter bescheinigt, dass genug Einsatzkräfte vor Ort seien – wenige Minuten später flogen dann aber schon Flaschen auf unsere Veranstaltung.

Wir wissen, dass sowohl die kreiseigene Versammlungsbehörde als auch die lokale Polizei bei der Landespolizeibehörde bereits im Vorfeld mehr Einsatzkräfte angefordert hatten. Die Hauptschuld liegt hierbei also aus unserer Sicht bei der Landespolizeibehörde und deren Vorgesetzten, der Innenministerin Zieschang.

Es ist für uns unverständlich, wie man die Lage so dermaßen falsch einschätzen konnte.

Vor Ort wirkte die Polizei leider zu passiv und auch überfordert. So flogen Flaschen auf die Kundgebung, ein Journalist wurde gejagt, ein Hitlergruß mit dazugehörigem „Heil Hitler“ schallte uns von einer Person neben dem Demozug entgegen. Es ärgert uns enorm, dass die Polizei einen rechtsextremen Streamer nicht der Kundgebung verwiesen hat, weil diese es nur tun könne, wenn er stören würde. Er tat es nachweislich und führte selbst die Einsatzkräfte in seinem Stream vor. Das Maß für uns war spätestens dann erreicht, als die rechts-extremen Störer entspannt über unsere Kundgebung laufen konnten, ohne dass die Polizei diese vom Marktplatz verwies.

Der CSD Burgenlandkreis widerspricht der Pressemitteilung der Stadt Weißenfels, dass zu keiner Zeit Gefahr für die Teilnehmer:innen bestanden hätte – die Polizei hat nicht grundlos mehr Einsatzkräfte nachgefordert und dazu geraten bzw. versucht den Demozug abzusagen – die Sicherheit konnte eben nicht gewährleistet werden. Ein dermaßen realitätsferne Einschätzung kritisieren wir.

Wir freuen uns, dass zusätzlich zur Polizei antifaschistisch eingestellte Menschen den rechten Störer:innen in den Weg gestellt haben – wären sie nicht gewesen, wären diese Personen noch früher durch die Veranstaltung spaziert.

Wir verurteilen daher auch jegliche Aussagen, die sich darüber beschwerten, dass Antifaschist:innen auf unsere Veranstaltung waren – jede:r Demokrat:in sollte antifaschistisch sein und sich gegen Rechtsextremismus wehren. Vor allem in einem Bundesland, dass sich den Antifaschismus in die Verfassung gesetzt hat. Ohne diesen Support, wäre alles wahrscheinlich brenzlicher verlaufen.

Die Polizei war nicht in der Lage der Situation Herr zu werden – so wurden wir auch massiv in §8 GG eingeschränkt: Uns wurde nicht ermöglicht, die angemeldete Demoroute zu gehen, weil die Polizei so schlecht vorbereitet war, uns vor potentiellen Angriffen schützen zu können. Auf die Anmelder der Veranstaltung wurde massiv Druck ausgeübt den Umzug komplett abzusagen. Nur durch die Unterstützung des MdL Striegel lenkte die Polizei ein und wir konnten immerhin eine kleine Runde durch die Stadt gehen.

Wir freuen uns, dass zusätzlich zur Polizei antifaschistisch eingestellte Menschen den rechten Störer:innen in den Weg gestellt haben – wären sie nicht gewesen, wären diese Personen noch früher durch die Veranstaltung spaziert.

Wir verurteilen daher auch jegliche Aussagen, die sich darüber beschweren, dass Antifaschist:innen auf unsere Veranstaltung waren – jede:r Demokrat:in sollte antifaschistisch sein und sich gegen Rechtsextremismus wehren. Vor allem in einem Bundesland, dass sich den Antifaschismus in die Verfassung gesetzt hat. Ohne diesen Support, wäre alles wahrscheinlich brenzlicher verlaufen.

Die Polizei war nicht in der Lage der Situation Herr zu werden – so wurden wir auch massiv in §8 GG eingeschränkt: Uns wurde nicht ermöglicht, die angemeldete Demoroute zu gehen, weil die Polizei so schlecht vorbereitet war, uns vor potentiellen Angriffen schützen zu können. Auf die Anmelder der Veranstaltung wurde massiv Druck ausgeübt den Umzug komplett abzusagen. Nur durch die Unterstützung des MdL Striegel lenkte die Polizei ein und wir konnten immerhin eine kleine Runde durch die Stadt gehen.

Wir fordern die Innenministerin zur Aufklärung auf:

Das Problem des Rechtsradikalismus ist seit Jahren im Landkreis bekannt – nichts passiert. Programme für Aussteiger werden kaum genutzt, stattdessen fahren rechtsradikale Parteien immer stärkere Wahlergebnisse ein und die CDU begibt sich mit vielen Personen in eine ähnlich fragwürdige Richtung.

Wir wollen daher jene Fragen geklärt haben:

- > Warum wurde die Situation trotz aller Warnungen – auch der der Kreisbehörden – dermaßen falsch eingeschätzt?
- > Warum wurden nur 37 Einsatzkräfte eingeplant und nicht mehr? Woran wurde dies festgemacht?
- > Welche Konsequenzen folgen daraus, außer warmer Worte?
- > Wie sollen Minderheiten besser geschützt werden?
- > Ist der Innenministerin die Lagesituation überhaupt bekannt? Der Burgenlandkreis legt immer größere rechtsextreme Entwicklungen hin – wie soll dem entgegengewirkt werden?

Zum Abschluss:

Wir selbst sind auch offen für weitere Kritik – wenn ihr da etwas habt, sendet es uns gern.

Ansonsten: Ihr könntet es sicherlich schon herauslesen: Wir wollen im nächsten Jahr einen zweiten CSD auflegen – in welcher Stadt des Landkreises wird rechtzeitig geklärt! <3

